

**Postulat Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher/Franziska Grossenbacher, GB):  
Parkplätze auf öffentlichem Grund um mindestens 10 Prozent reduzieren;  
Fristverlängerung**

In der Stadtratssitzung vom 17. September 2015 hat der Stadtrat den Prüfungsbericht zum folgenden Postulat Fraktion GB/JA! abgelehnt:

Das Parkplatzangebot für die Personenwagen von Beschäftigten, Bewohnern oder Kundinnen hat einen wesentlichen Einfluss auf die Verkehrsmittelwahl und damit auf das Verkehrsgeschehen. Die gute öV-Erschliessung und die kurzen Stadtwege haben in der Stadt Bern dazu geführt, dass immer mehr BewohnerInnen auf ein eigenes Auto verzichten. Der Anteil der Haushalte ohne Auto liegt heute bei 53 Prozent. Gemäss statistischem Jahrbuch von Bern sind in der Stadt Bern 49'851 Personenwagen der lokalen Bevölkerung im Verkehr. Das Automobil ist primär zum Stehenlassen da. Das zeigt die Statistik: Ende 2011 waren auf Schweizer Strassen 5,5 Millionen Motorfahrzeuge und Anhänger zugelassen – davon 4,2 Millionen Personenwagen. Sie waren im Durchschnitt pro Tag nur knapp 40 Kilometer beziehungsweise 100 Minuten in Fahrt. Mit anderen Worten: Meist stehen die Fahrzeuge irgendwo herum und dies auf Kosten des wertvollen öffentlichen Raums.

Gemäss Verkehrsbericht der Stadt Bern vom Juni 2012 stehen rund 104'000 Parkplätze zur Verfügung. 79'500 davon sind privat und 24'500 öffentlich zugänglich. Von diesen 24'500 wiederum liegt über die Hälfte (ca. 60 Prozent) in einer blauen oder weissen Parkzone, wo nur Anwohner und ansässige Geschäfte eine Parkbewilligung erwerben können, die ihnen uneingeschränktes Parkieren erlaubt. Quartierfremde hingegen können beschränkte Bewilligungen für 4- und 24-Stunden erwerben, dies für 9 respektive 16 Franken. Etwa 6300 öffentliche Parkfelder sind an Strassenrändern und auf Plätzen markiert, wo bei einer Parkdauer von einer Stunde und mehr eine Gebühr von Fr. 2.20 erhoben wird. Acht grosse städtische Parkhäuser bieten insgesamt 3639 Kurzparkplätze. Sie werden privat betrieben, die Immobilien gehören aber in der Regel der Stadt und deren Vertreter haben Einsitz in den Verwaltungsräten der Immobiliengesellschaften. Für einen Platz im zentral in der Innenstadt gelegenen (und damit auch teuersten) Parkhaus Metroparking, bezahlt man werktags zwischen 08.00 und 22.00 Uhr Fr. 4.40 Grundtaxe für die erste Stunde – und Fr. 1.10 pro weitere 15 Minuten.

Der Gemeinderat will den motorisierten Individualverkehr in der Stadt Bern auch in Zukunft möglichst effizient und umweltfreundlich abwickeln. Die Belastungen durch den Verkehr sollen weiter vermieden, verlagert oder verträglich gestaltet werden. In diesem Sinne sollte Bern eine restriktivere Parkplatzpolitik verfolgen, mit Rücksicht auf die begrenzten Strassenkapazitäten und die überhöhte Luft- und Lärmbelastung. Durch die Reduktion von Parkplätzen auf öffentlichem Grund könnten weitere Begegnungszonen geschaffen und die Verkehrssicherheit für Velos verbessert werden.

Wir bitten deshalb den Gemeinderat, die Anzahl der Parkplätze auf öffentlichem Grund um mindestens 10% zu reduzieren und damit das Parkplatzangebot an den geringeren Autobestand der Berner Bevölkerung anzupassen.

Bern, 24. Januar 2013

*Erstunterzeichnende:* Stéphanie Penher, Franziska Grossenbacher

*Mitunterzeichnende:* Esther Oester, Mess Barry, Cristina Anliker-Mansour, Sabine Baumgartner, Christine Michel, Lea Bill, Leena Schmitter

### **Bericht des Gemeinderats**

Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 17. September 2015 den Prüfungsbericht des Gemeinderats vom 18. Juni 2014 abgelehnt. Seither hat die zuständige Verkehrsplanung die Grundlagen für städtisches Parkierungskonzept für den motorisierten Individualverkehr (MIV) erarbeitet. Diese vorläufigen Ergebnisse sind in das Stadtentwicklungskonzept 2016 (STEK 2016) eingeflossen, welches der Gemeinderat am 17. August 2016 zuhanden der öffentlichen Mitwirkung verabschiedet hat. Vorgesehen ist, das Parkierungskonzept nach Auswertung der Ergebnisse der öffentlichen Mitwirkung zum STEK 2016 zu finalisieren und zu verabschieden. Dannzumal werden auch detaillierte Aussagen zu den vom Vorstoss unterstützten Anliegen möglich sein. Aus diesem Grund beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat vorliegend eine Fristverlängerung für die Berichterstattung bis Ende 2017.

### **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher/Franziska Grossenbacher, GB): Parkplätze auf öffentlichem Grund um mindestens 10 Prozent reduzieren; Fristverlängerung.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis Ende 2017 zu.

Bern, 14. September 2016

Der Gemeinderat